

Medizinische Versorgung muss Zukunft haben

Die Graftschafter und Nordhorner SPD haben vor kurzem ein Eckpunktepapier zur Krankenhauslandschaft im Landkreis verabschiedet.

Anlass des Papiers ist eine zunehmende Beunruhigung in der Bevölkerung, nachdem es in den Graftschafter Nachrichten zu vermehrten Meldungen über die angespannte Finanzlage der Krankenhäuser und die festgefahrenen Kooperationsverhandlungen zwischen dem Graftschafter Klinikum und dem unter kirchlicher Trägerschaft stehenden Marienkrankenhaus gekommen war. Tatsächlich stehen die Krankenhäuser in Deutschland aufgrund der veränderten Rahmenbedingungen im Gesundheitssystem unter einem enormen Anpassungsdruck.

Die Sozialdemokraten skizzierten im Wesentlichen drei Punkte, an denen sie ihr weiteres Handeln festmachen wollen. Wie es in dem Papier

heißt, sei der vorrangigste Punkt, dass eine hochwertige medizinische Versorgung in der Graftschaft sichergestellt bleiben muss. Arbeitsplätze und medizinische Fachdisziplinen müssen vor Ort erhalten bzw. ausgebaut werden.

Wie es in dem Papier weiter heißt, wird eine „Graftschafter Lösung“ für erstrebenswert gehalten, womit in diesem Zusammenhang u. a. eine mögliche Kooperation oder Fusion des Klinikums mit dem Marienkrankenhaus gemeint ist.

Abschließend unterstützt die SPD aber nachdrücklich den „offenen Verhandlungsauftrag“ der Kreisverwaltung. So sollen auch Kooperationsmöglichkeiten sondiert und zur Beschlussfassung vorgelegt werden, die weitergehende Lösungen beinhalten.

Die Graftschafter SPD wünscht allen Mitbürgerinnen und Mitbürgern ein frohes und gesegnetes Weihnachtsfest und einen guten Rutsch in ein glückliches Jahr 2005.



Monika Heubaum (MdB)
Dieter Steinecke (MdL)
Gerd Will (MdL)



Fakten zum Haushalt der CDU/FDP-Landesregierung

- Die Landesregierung verschiebt Schulden in Höhe von 645 Mio. Euro in Schattenhaushalte. In der Folge liegt die tatsächliche Nettoneuverschuldung des Jahres 2005 bei 2,795 Mrd. Euro und nicht - wie von der Landesregierung behauptet - bei 2,15 Mrd. Euro.
- Es fehlt jeder Lösungsvorschlag für die Folgen der »Pensionsfalle«, also die immensen Kosten für die Ruhestandsbezüge von aus dem Dienst ausgeschiedenen Beamten.
- Statt Einsparungen führt die Verwaltungs- und Polizeireform von CDU und FDP zu Kostensteigerungen in Höhe von 45 Mio. Euro.
- CDU und FDP ignorieren wesentliche Vorschläge des Landesrechnungshofes. Statt dessen: Schuldenfinanzierte Wahlversprechen bei Lehrer- und Polizeieinstellungen in Höhe von 118,25 Mio. Euro.
- CDU und FDP bleiben bei ihrer Verweigerung von Subventionsabbau. Damit gehen dem Landeshaushalt 459 Mio. Euro verloren.
- CDU und FDP schöpfen die Einsparmöglichkeiten des Landeshaushaltes nicht aus.
- Glaubt man den steuerpolitischen Erklärungen des stellvertretenden CDU-Bundesvorsitzenden und Ministerpräsidenten Christian Wulff, kämen dazu noch dramatische Einnahmeverluste in Höhe von jährlich 1,7 Mrd. Euro, die CDU und FDP für Niedersachsen erzeugen wollen: Dieser Verlust ergibt sich aus der Kombination von drastischer Steuersenkung (450 Mio. Euro) und steuerfinanzierter Kopfprämie im Gesundheitswesen (1,25 Mrd. Euro).
- Die CDU-Landesregierung plant schon jetzt - bei gleichzeitig ständigem Verweis auf die angeblich unsolide Finanzpolitik der ehemaligen SPD-Regierung eine Nettokreditaufnahme (NKA), die weit über der NKA der alten Regierung liegen wird. Die SPD-Landesregierung hatte in der Zeit von 1998 bis zum Regierungswechsel insgesamt 9,6 Mrd. Euro Schulden aufgenommen. Die Planungen der CDU sehen schon jetzt (inklusive Schattenhaushalten) eine Steigerung der Verschuldung von 10,79 Mrd. Euro vor.